

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger



erschienen jeden Montag abends. Bezugspreise: Bei Abholung in den
Frankenberger Ausgabezeiten monatlich 5 M. Bei Zustellung durch Brief
und Post für das ganze Vierteljahr 16.50 M. Vierteljährlich 4.50 M.
Stagnationspreis 20 M. pro Quartal 20 M. Bezugspreise werden
den Bestellen und Aufträgen in Cash und nach, sowie nach allen
Einzelnheiten angenommen.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köhler. Druckerei: Frankenberg &
Gesellschaft. Druck: Ernst Köhler. Druckerei: Frankenberg &
Gesellschaft. Druck: Ernst Köhler. Druckerei: Frankenberg &
Gesellschaft.

Abdruckrechte: Die zu dem Blatt erscheinenden Beiträge & M., die
ausdrücklich bis 12 Uhr Mittags des 1. d. M. eingereicht zu werden
sind. In Abwesenheit des Verfassers wird die Redaktion sich vorbehalten,
die Beiträge zu kürzen oder zu verwerfen. Die Redaktion ist nicht
verantwortlich für die Rückgabe von Manuskripten. Die Redaktion
ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Manuskripten. Die Redaktion
ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Manuskripten.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Fichta, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg,
sowie sonstiger Staats- und Gemeindebehörden für den Amtsbezirk Frankenberg.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köhler sen. in Frankenberg i. Sa. Druck und Verlag von C. G. Köhler, Frankenberg i. Sa.

Nr 176

Sonnabend den 30. Juli 1921 nachmittags

80. Jahrgang

Die wieder Krieg!

Von unserem Berliner Mitarbeiter

Am morgigen Sonntag finden in Berlin wie überall im Reich große Kundgebungen der Kriegsgegner aller Richtungen statt für Weltfrieden und Völkerverständigung, gegen Imperialismus und Militarismus. An ihrer Spitze stehen die pazifistischen Vereine und Verbände neben sozialdemokratischen Organisationen, die dem Internationalismus und Pazifismus programmatisch huldigen. Aber es schließen sich dieser Kundgebung auch andere politische und wirtschaftliche Gruppen an, die, ohne irgendwie international gerichtet zu sein, den Standpunkt vertreten, daß nie wieder die Zeit kommen dürfe, da ganze Völker um irgend einer wie immer gearteten Ursache willen ihre ganzen körperlichen und seelischen Kräfte darauf konzentrieren, sich gegenseitig abzumürren. Solche Gesinnung ist nicht an irgend ein politisches Programm gebunden, vielmehr finden sich ihre Vertreter in allen politischen Parteien, in allen Gesellschaftsgruppen, in allen Religionsgemeinschaften. Wenn es dafür eines Beweises bedarf, so darf im Vorbeigehen darauf hingewiesen werden, daß an der Stockholmer Tagung der Interparlamentarischen Union vom 16. bis 20. August als deutsche Delegierte u. a. folgende Parlamentarier teilnahmen: von den Demokraten Graf Bernstorff, Professor Eichhoff und Professor Schäfers, vom Zentrum Wiesberts und Dr. Pfeiffer, von den Deutschnationalen Wurmuth, und daß die Mehrheitssozialdemokraten mit einer ganzen Reihe Abgeordneter vertreten sind, versteht sich von selbst. Kein Mensch wird darum zu sagen wagen, daß alle die, die für Völkerverständigung und Völkerveröhnung eintreten, weniger in Liebe für ihr Vaterland glühen als die, welche die nationale Gesinnung in Erbpacht genommen zu haben behaupten. Denselben Anspruch erheben auch die Veranstalter der Kundgebung am morgigen Sonntag. So leuchtend auch ihnen die Erinnerung an die Augusttage des Jahres 1914 mit ihrer unerschütterlichen Begeisterung und ihrem unsäglichen Opferwillen vor Augen steht, so grauenvoll und niederschmetternd zeigt sich ihnen das Bild, wenn sie sich heute, da zum siebenten Male die Welt des Hochsommers auf den Gräbern der Toten im Weltkriege brennt, rückschauend die Frage vorlegen: Was war der Gewinn? Unendlich viele von ihnen, die draußen standen im Schützengraben mit all seinen Schrecken, haben es verlernt, den Krieg als Stahlbad und Jungbrunnen zu betrachten. Ihnen hat sich sein Bild gewandelt als Bürger der Kultur, als Herdort unerleuchteter moralischer und materieller Kultur, als Henke der Blüte unferes Volkes. Und nun, da sich in diesen Tagen das siebente Glied an die Kette der Jahre reiht, seit das Kriegsgeschrei die Welt durchbrause, reichen sie sich die Hände zum Schwur, daß diese Gottesgeißel niemals wieder über die Menschheit geschwungen werde, so weit ihre Macht es hindern kann.

Dem deutschen Volke hat der Weltkrieg so tiefe Wunden in Körper und Seele geschlagen, daß es menschlich verständlich ist, wenn gerade bei uns der Abscheu vor dem blutigen Kriegsgewinnwerk besonders tief ist und besonders laut in die Erscheinung tritt. Von dem Geschmeiß der Schieber und der betrügerischen Kriegsgewinnler abgesehen, lebt wohl keiner unter uns, den der Krieg nicht ideell oder materiell innerlich gemacht hätte. Und darum liegt es in der Natur der Dinge, daß bei uns mit besonderer Inbrunst sich der Schrei erhebt: Herr, erlöse uns von dem Uebel! Leider aber ist der Weg zur ewigen Burg des Friedens noch dornig und weit. Noch sind überall in der Welt, abgesehen von dem waffen- und waffenlosen Deutschland, selbst in dem hungernden Rußland, Imperialismus und Militarismus allmächtig, noch steht die Welt in Waffen. Gerade gegenwärtig wieder schlagen weit hinten in der Türkei die Völker aufeinander; die Verträge, die den Weltkrieg beendet haben und dem gequälten Europa den Frieden bringen sollten, atmen nicht Frieden, sondern Raub und Gewalt. Und wenn sich in nächster Zeit in Washington die Vertreter der mächtigsten Staaten auf Erden versammeln, um über Abrüstung zu beraten, so weiß man ja, daß es nicht Friedenssehnsucht ist, die sie dazu treibt, sondern das immer unerträglicher werdende Maß der Rüstungen und in letzter Linie das Ringen um die Vormacht auf dem Meere. Hat doch eben jetzt erst die Konferenz der Premierminister der britischen Dominions in London beschlossene, eigene Flotten aufzustellen. Und so wird, wie zu beklagen ist, die Abschaffung des Krieges wohl noch auf lange hinaus ein frommer Wunsch, ein schöner Traum bleiben, ein Ideal, nicht weniger groß und erstrebenswert, weil sein Ziel noch in unerreichbarer Ferne liegt. Daß auch in manchen und vordem feindlichen Ländern am morgigen Sonntag ähnliche Kundgebungen gegen den Krieg und für Völkerveröhnung stattfinden — in London allein sind Hunderte von Versammlungen vorgesehen — ist frohstellend, wird aber den Weltlauf vorderhand nicht zu ändern vermögen. Bezeichnend ist dabei höchstens, daß diese Gemeinsamkeit des Fühlens und Handelns den Quätern zu danken ist, jenen Männern und Frauen, die monatlang unter uns gewallt und mit eigenen Augen die furchtbaren Folgen des Krieges in unserem nieder-

gebrochenen Vaterlande gesehen haben. Der Anschauungsunterricht, den unsere hochwangenigen, blutarmen Kinder ihnen erteilt haben, hat wohl stärker auf sie eingewirkt als alle flammenden Reden.

Die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden ist unerfeglich. Heute aber noch geht — wir wissen es aus eigener schmerzlicher Erfahrung am besten — Macht vor Recht. Solange dem aber so ist, werden wir mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen haben. Nicht zum Paz und nicht zur Rache zwar soll unsere Jugend erzogen werden, aber ebenso wenig werden wir der pazifistischen Verneinung jeglicher Wehrerziehung folgen dürfen. Die Erziehung zur nationalen Wehrmacht, die körperliche Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit ist ein Naturgedanke, der dieser Tage selbst im „Vorwärts“ für das neue Parteiprogramm gefordert wurde und der sich nicht mit noch so eindrucksvollen Kundgebungen in ein Massengrab legen läßt. Nicht zuletzt brauchen wir eine wehrhafte Jugend zur Bewahrung des Friedens im Innern. Diese Forderung ist um so eindringlicher zu erheben, wenn man liest, daß die kommunistische „Rote Fahne“ den Anlaß der siebenten Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches benutzte, um zur Bewaffnung des Proletariats aufzurufen und die Friedenskundgebung „Wie wieder Krieg“ als „pazifistisches Gesehrei“ abtut. Solange wir nicht die Volksveröhnung im Innern haben, bleibt die allgemeine Volksveröhnung ein nebelhaftes Luftgepfeif.

Wertsturz in Deutschland

Von Dr. Croll

Als vor etwa zwei Jahren die Blodade über die deutschen Rassen aufgehoben wurde, setzte eine plötzliche, aber kurzlebige Konjunktur ein. Nach den jahrelangen Entbehrungen des Krieges wurde Ware Trumpf und die Erzeugungsstätten der Ware, in erster Linie die industriellen Werke, stiegen im Wert. Neugierig kam dies im Ansturz der Welt und in der Wertsteigerung der Dividendenpapiere zum Ausdruck. Die Reichsregierung entschloß sich, dem wiederkehrenden Warenverkehr nicht sofort die gesamte Last der öffentlichen Lasten aufzubürden. Zwei Jahre lang dauerte der Zustand, daß hohe privatwirtschaftliche Gewinne auf Kosten der Öffentlichkeit erzielt wurden, indem nämlich die Höhe der Abgaben und in erheblichem Maße auch die Einziehung der bereits gesetzlich festgesetzten Steuern hinter dem Maß dessen zurückblieb, was eine solide Finanzpolitik gefordert hätte. Das Ausland klagte über billige deutsche Einfuhr und begann sich durch Zollmauern dagegen abzusichern. In gewissen Wirtschaftszweigen ist die Grenze der Bewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt bereits erreicht. In den letzten Monaten hat der Warenaufkauf von Devisen durch das Reich zur Erfüllung der uns auferlegten Barzahlungen den Wert ausländischer Zahlungsmittel wieder etwas gesteigert und damit die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft gehoben. Bis in die jüngste Zeit hat in Deutschland die Wertsteigerung der Industriepapiere auf Kosten des Geldes angehalten.

Im kommenden Herbst dürfte aber ein Wendepunkt in der Entwicklung der Werte eintreten. Unter dem Druck des Reparationsverprechens vom 11. Mai, der durch unmittelbares Eingreifen des sogenannten Garantekomitees verstillt werden wird, werden wir beschleunigt an die Ordnung der öffentlichen Finanzen herangehen. Es handelt sich um die Neubefassung von 50 bis 70 Milliarden Mark, jährlich. Weitaus der größte Teil dieser Summe muß aus den Erträgen der deutschen Wirtschaft herausgezogen, also der deutschen Produktion auferlegt werden. Dies trifft auch für Posten zu, die der Form nach aus dem öffentlichen Haushalt gestrichen werden, z. B. die etwa 6 1/2 Milliarden Mark, welche für die Verbilligung des Brotgetreides im neuen Wirtschaftsjahr weniger aufgewandt werden sollen, als im abgelaufenen Wirtschaftsjahr. Diese Summe muß nämlich, — wenn nicht eine gefährliche Verschlechterung in der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes eintreten soll, — in Form von Lohnzuschlägen eingebracht werden. Auch die Ermäßigung des Unterzusses in den Verkehrsanstalten (Eisenbahn und Post) bedeutet eine entsprechende Mehrbelastung des wirtschaftlichen Verkehrs und damit eine Steigerung der Produktionskosten. Sollte die kommende Finanzreform gelingen, d. h. das Gleichgewicht zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben geschaffen werden, so würde das die Herstellung des Notnahrungszustandes bedeuten, daß nämlich die volkswirtschaftlichen Produktionskosten vollständig in die privatwirtschaftlichen Kosten hineinkalkuliert werden. Bei dem gegenwärtigen Stand des Weltmarktes bedeutet das aber den nahezu völligen Verlust der deutschen Exportfähigkeit. Wie nach der gewaltigen Steigerung der Produktionskosten noch diejenige Ausfuhr bewerkstelligt werden soll, welche 1 1/2 bis 2 Milliarden Goldmark Ueberschüsse an die Verbandsstaaten abzuführen ermöglicht, ist schlechthin unerfindlich. Die Entwicklung der nächsten Zeit droht also zu einer Entwertung der deutschen Produktionsmittel zu führen, da sie entweder überhaupt nicht arbeiten oder aber mit Verlust arbeiten werden. Wird die Finanzreform in der nächsten Parlamentsession nicht gelöst, so bedeutet das nicht mehr als eine kurze Galgenfrist. Einmal muß der Zustand erreicht werden, daß der öffentliche Bedarf aus den Erträgen der Wirtschaft voll gedeckt wird. Kann man also die ersten 2 bis 2 1/2 Jahre der deutschen Nachkriegswirtschaft als eine Zeit der Geld- und Wertpapier-Flut bezeichnen, so wird man die nächsten Jahre

wahrscheinlich eine Zeit der Geld- und Wertpapier-Flut nennen müssen. Es scheint, als ob die reinen Realien zunächst vom Wertsturz verschont bleiben werden. Man halte früher ja schon die Wertsteigerung der Industriepapiere zum erheblichen Teil dadurch erklärt, daß sie sich in gewissem Sinne auf Realien wie Fabrikgebäude, Einrichtungsgegenstände, Rohstoffe und Warenvorräte usw. stützen. Alle diese Dinge sind jedoch in keiner Weise wertbeständig. Rohstoffe werden aufgebraucht und Waren veräußert; aus Fabrikgebäuden, Maschinen usw. kann man aber nur dann Nutzen ziehen, wenn sie zur Produktion verwendbar sind. Sind sie das nicht, so sinkt der Wert auf den der Ziegelsteine und des alten Eisens herab. Unter den Zerstörern der Nachkriegszeit wird eine spätere Generation zweifellos den, daß man durch Verschlebung der Reform die Uebergänge erleichtern wollte, als einen der folgenschwersten ansehen.

Polen in Not

Die wirtschaftliche Not Polens steigert sich immer mehr. Der Hauptgrund hierfür ist, daß der neue Staat gleichzeitig eine aggressive Politik nach Osten und Westen führte, ein großes Heer unterhielt und es verabsäumte, seinen Einwohnern ausreichende öffentliche Lasten aufzuerlegen. Man kann heute schon sagen, daß selbst die politische und wirtschaftliche Unterstützung Frankreichs Polen nicht vor einer Katastrophe bewahren kann. In gewissem Sinne trägt sogar die französische Freundschaft die Schuld an der Entwicklung der Dinge. Frankreich zwingt Polen, in der obersteilischen Frage eine antideutsche Politik zu treiben, obwohl man in Kongresspolen je länger je mehr Bedenken trägt, einen Gebietszuwachs von zweifelhaften Werten mit einer dauernden Verflechtung des westlichen Nachbarn zu erlangen. Der Fehlbetrag der polnischen Mark (etwa 4 Bfg. deutscher Währung) ist nur das Symbol der trostlosen Finanz- und Wirtschaftslage. Der Fehlbetrag im öffentlichen Haushalt hat bereits 100 Milliarden polnische Mark im Jahre überschritten. Es heißt, daß der öffentliche Bedarf dauernd steigt, und zwar um täglich etwa 150 Millionen polnische Mark. Fast die gesamte Lodzer Weberei-Industrie steht still. Unter den Land- und Forstarbeitern gährt es, und auch im galizischen Petroleumgebiet sind Streiks an der Tagesordnung. Schon vor Monaten sagten Kenner der polnischen Verhältnisse voraus, daß der unsolide polnische Bau die erste Ruine der Nachkriegszeit werden dürfte. Daß Korfanty und sein engerer Anhang an der aggressiven Politik gegen Deutschland festhalten, kann nicht wunder nehmen. Es steht aber fest, daß man in Warschau den neuen Taten des obersteilischen Demagog mit Sorge entgegensteht. Wie auch die Entscheidung auf dem am 4. August in Paris beginnenden Obersteilischen Kongress des Obersten Rates ausfallen mag, — die beiden Nachbarländer Deutschland und Polen sind in Gefahr, durch tatsächliche Erwägungen der führenden Weltmächte in einen dauernden Gegenstand getrieben zu werden, der für beide Teile und darüber hinaus sogar für ganz Europa schwere Schädigungen bringen wird.

Vertagung des Sächsischen Landtages

Die Regierungskrisis vorläufig beseitigt.

In der Freitag-Sitzung des Landtages, der zur Entscheidung der Steuervorlagen der Regierung besonders einberufen worden war, gab zunächst

Minister Lipinski

namens der Regierung eine Erklärung ab, in der er im Gegenfall zu den Tatsachen die Schuld an dem Nichtzustandekommen der beiden Steuervorlagen den bürgerlichen Parteien zuschieben versuchte, und erklärte, daß es der Regierung erwünscht wäre, wenn der Landtag die Initiative zu seiner Auflösung ergreifen würde. Mit dieser Erklärung wollte die Regierung den starken Mann spielen. Daß das aber gar nicht so ernsthaft gemeint war, bewies der Ausgang der Sitzung. Die Redner der bürgerlichen Parteien Beutler (Deutschnatl.) wiesen nach, daß von bürgerlicher Seite das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt wurde, wirklich ernsthaft am Zustandekommen der beiden Steuern mitgearbeitet worden war, und daß die Schuld lediglich an der Haltung des Finanzministers lag. Es schienen den Vertretern der sozialistischen Parteien infolgedessen sehr schwer, ihren gegen die Bürgerlichen erhobenen Vorwurf der Steuerhau zu bekräftigen, wie es auch den beiden Ministern Lipinski und Heldt sehr wenig gelang, darüber hinwegzutäuschen, daß ihnen trotz der starken Worte in der Regierungserklärung doch noch recht sehr an einem Kompromiß in letzter Minute lag. Schließlich wurde, nachdem sich der Redner der Volkspartei und der sozialistische Minister Heldt gegenseitig Erpressungsverfuche vorgeworfen hatten, gerade von diesen Parteien ein Kompromiß angebahnt, dem sich die übrigen bürgerlichen Parteien, um nicht eine aussichtslose Demonstration zu machen anzuschließen. Das Kompromiß bestand darin, daß man sich auf eine Vertagung der Entscheidung über die Steuervorlagen bis zum September einigte, daß aber entgegen dem ursprünglichen Willen der Regierung und der Regierungsparteien die Besoldungsvorlage noch sofort erledigt wurde. Diese fand denn auch einstimmig Annahme, worauf sich der Landtag bis zu einer erneuten Zwischentagung im September vertagte.

Präsident Fröhdorf schloß die Sitzung, indem er dem Wunsch Ausdruck gab, daß bis zu dem Wiederzusammentreten im September die bis jetzt aufgetretenen Differenzen beseitigt sein möchten.